

Position

Politische Jugendbildung und Schulungsarbeit stärken!

Adressat*innen:

- Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz (MFFJIV)
- SPD Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz
- CDU Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz
- FDP Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz
- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag Rheinland-Pfalz

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz fordert eine schrittweise, jährliche Erhöhung der Tagesfördersätze für Maßnahmen der politischen Jugendbildung sowie Schulung Ehrenamtlicher in der Jugendarbeit um jeweils einen Euro, beginnend mit 8 Euro pro Tag und Teilnehmende und vorläufig endend mit 10 Euro im Jahr 2022.

Begründung:

In der aktuellen politischen Debatte wird die Notwendigkeit der politischen Bildung als zentraler Bestandteil der Demokratiebildung immer wieder herausgestellt. Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig hat in ihrer Regierungserklärung vom 30. Januar 2019 festgestellt: „Wenn heute manche die Vergangenheit relativieren, demokratische Werte untergraben und das europäische Friedensprojekt von Nationalismus bedroht wird, müssen wir dem mit wachsamem Blick und klarem Handeln begegnen. Unsere Antwort darauf muss mehr Demokratiebildung sein, die das bestehende große Engagement unterstützt und wachsen lässt“.[1] Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey kündigte im August 2018 in Chemnitz die Erhöhung von Fördergeldern für Jugendarbeit und für politische Bildung an. Im September 2018 ist daraufhin in der „Zeit“/ in der Tagespresse zu lesen: „Die Familienministerin warnt vor einer Entpolitisierung der Gesellschaft. Mit einem Demokratieförderungsgesetz will sie bei der politischen Bildung ansetzen. [...] Vor allem bei der politischen Bildung junger Menschen gebe es Nachholbedarf“.[2] Auch Jugendministerin Anne Spiegel unterstützt in der gemeinsamen Erklärung mit dem Landesjugendring dessen: „Politische Bildung ist in der Jugendarbeit immer sowohl demokratisches Handeln als auch Demokratiebildung“[3].

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz definierte 2018: „Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie. Sie bieten Räume an zum Lernen, Leben und zur selbstbestimmten politischen Wirksamkeit. Kinder- und Jugendverbände sind Experimentierfelder für die Partizipation junger Menschen. Kinder und Jugendliche lernen in den Jugendverbänden, sich mit anderen zusammen zu tun, Kompromisse und Möglichkeiten der Kooperation auszuhandeln. Sie erfahren, was es heißt, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Jugendverbände bieten also nicht nur die Möglichkeit zur Teilnahme an vorgeformten Aktivitäten, sondern fordern die aktive Mitgestaltung ein. Durch demokratische Gestaltung wird Demokratie erfahrbar“[4].

Die Jugendverbände im Landesjugendring Rheinland-Pfalz stimmen mit diesen Positionen überein. Aus dieser Haltung heraus haben wir schon Anfang 2017 beschlossen, unser Engagement für Demokratie zu verstärken. Wir verstehen es als unseren klaren Auftrag, uns tatkräftig, klar und unmissverständlich für Demokratie einzusetzen sowie mit jungen Menschen Projekte der politischen Bildung und der Demokratiebildung durchzuführen.

Wir unterstützen Frau Ministerin Hubig bei ihrem Vorhaben, in politische Jugendbildung zur Demokratiebildung zu investieren. Wir weisen mit diesem Beschluss aber darauf hin, dass politische Bildung nicht nur in Schulen stattfindet, das können wir mit unseren eigenen Aktivitäten sehr klar und unmissverständlich belegen. Gleichzeitig weisen wir mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass auch in Jugendverbänden beispielsweise eine Vielzahl von Gedenkstättenfahrten durchgeführt wird. Der Aspekt der Freiwilligkeit unterstützt die Motivation der Teilnehmenden. Diesen Projekten bleibt aber die Förderung, wie sie für Schulen möglich ist (Fahrten zu Gedenkstätten oder Maßnahmen der historisch-politischen Bildung/ Demokratieerziehung mit bis zu 500,- €.), versagt.

Wir sind sicher, dass gerade in Schulungsmaßnahmen der Jugendverbände ebenfalls ein großes Maß an Kompetenzen im Bereich der Demokratiebildung vermittelt wird.

Neben verbandsspezifischen Inhalten geht es immer auch um Verantwortungsübernahme, um Beteiligungsformate und Engagement für Andere. Laut Dr. Christan Lüders lasse sich dies so zusammenfassen, dass Beteiligung nicht automatisch in Demokratiebildung münde und Inklusionserfahrungen die Voraussetzung für gelebte Demokratie seien[5].

Durch gut ausgebildete Ehrenamtliche ist es den Jugendverbänden in Rheinland-Pfalz möglich, gute Angebote der politischen Bildung und der Demokratiebildung durchzuführen.

Die Zuschüsse für politische Bildung und für die Schulung Ehrenamtlicher in der Jugendarbeit sind seit Einführung des Euro auf dem Stand von 2002, davor gab es lediglich eine Umrechnung von D-Mark (14,-) auf Euro. Damit wird der aktuellen Kostenentwicklung in keinerlei Weise Rechnung getragen.

Deshalb fordern wir, ganz im Sinne der zitierten politischen Verantwortungsträger*innen, eine Erhöhung der Tagesfördersätze für die Politische Jugendbildung und die Schulung Ehrenamtlicher in der Jugendarbeit im Landesjugendplan Rheinland-Pfalz. Wir schlagen eine schrittweise, jährliche Erhöhung der Tagessätze um jeweils einen Euro vor, beginnend mit 8 Euro pro Tag und Teilnehmende und vorläufig endend mit 10 Euro im Jahr 2022.

In den letzten Jahren ist der finanzielle Eigenanteil der Verbände für die Durchführung dieser Projekte und Aktionen stetig gestiegen. Dies sind mit Sicherheit gut angelegte Mittel. Jetzt wünschen wir uns mit der Erhöhung der Tagessätze eine Anerkennung unserer Maßnahmen zur politischen Jugendbildungsarbeit und zur Schulungsarbeit in einer Zeit, in der es immer wichtiger ist, für eine gelebte Demokratie einzustehen und zu streiten, sich einzusetzen für Demokratiebildung, Erinnerungskultur und europäisches Miteinander, wie es Ministerin Hubig in ihrer Regierungserklärung fordert.

[1] <https://www.degede.de/blog/2019/02/regierungserklaerung-der-staatsministerin-fuer-bildung-dr-stefanie-hubig-am-30-januar-2019-in-rheinland-pfalz/> (aufgerufen am 19. Februar 2019)

[2] <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/familienministerin-franziska-giffey-chemnitz-forderung-gesetz-demokratiefoerderung> (aufgerufen am 19. Februar 2019)

[3]

https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Jugend/Gemeinsame_Erklaerung__Rote_Karte_fuer_Rechtspopulismus_...2019.pdf (aufgerufen am 19. Februar 2019)

[4] <https://www.ljr-rlp.de/userdata/msData/ljrrlp/data/SimpleMedia/media/thefile/Demokratiebildung.pdf>

[5] Homepage des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
<https://mffjiv.rlp.de/de/themen/kinder-und-jugend/landesjugendplan/ausgabe-2016-2018/>, Aufruf 14. August 2019

Beschlossen durch die 113. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 25.06.2020.